

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnement: Das mit Post und 100 Kopien gegen Post im Monat Dezember 800 Mark. Einzelhefte: Das Heft 80 Mark. Die Heftpreise sind ohne Porto. Die Heftpreise sind ohne Porto. Die Heftpreise sind ohne Porto.

No. 193.

Ultensteig, Freitag den 5. Dezember.

Jahrgang 1922

Neues vom Tage.

Der internationale sozialistische Friedenskongress im Haag.

Haag, 14. Dez. Von den 36 Rednern, die bis jetzt auf dem internationalen Friedenskongress sich zum Wort gemeldet hatten, haben bis jetzt nur 7 gesprochen. Von der Mittwoch-Sitzung ist besonders bemerkenswert die Rede des russischen Abgeordneten Kotschin, der ähnlich wie Wilson eine Resolution von 14 Punkten vorbrachte und vor allen Dingen eine Propagandawoche in der ganzen Welt vom 8. bis 15. Januar vorschlug, der dann ein Generalfreitag von einem Tag folgen sollte, um gegen den Vertrag von Versailles zu protestieren. Der Deutsche Grumbach wandte sich besonders heftig gegen Maded, den russischen Propagandachef. Er betonte, daß die Russen ein Bündnis zwischen Rußland und Deutschland herstellen wollten, um mit den Waffen die Aufhebung des Vertrages von Versailles zu erzwingen, nachdem sie den französischen Gewerkschaftsbund gesprengt hätten. Nur die deutsche Republik aber könne den Frieden garantieren. Grumbach wurden von dem Kongress lebhafteste Beifallsbekundungen zuteil. Der Deutsche Kehl sprach sich für einen Generalfreitag im Falle eines neuen Krieges aus. Der spanische Sozialist Caballero kritisierte besonders heftig den Militarismus seines Landes, das 50 Prozent aller Einkünfte für Kriegszwecke opfere. Der Führer der deutschen Sozialdemokratie, Wels, erklärte, daß das deutsche Volk durchaus friedlich gesinnt sei und sprach sich sehr heftig gegen den französischen Militarismus aus, der der beste Förderer der Reaktion in Deutschland sei. Maded, so fügte Wels hinzu, will uns in den Krieg hinein ziehen, um die Revision des Friedensvertrages zu erzwingen. Aber wir werden den Verpflichtungen des Friedensvertrages im Rahmen des Möglichen nachkommen.

England gegen die Ruhrbesetzung.

London, 14. Dez. In der Sitzung des Oberhauses kam die Rede auf das Reparationsproblem. Lord Birkenhead fragte, ob das Oberhaus Gelegenheit haben würde, auch die Politik der französischen Regierung hinsichtlich der Reparationen noch vor der Pariser Konferenz zu besprechen. Birkenhead erklärte weiter, daß er es für außerordentlich schwierig halte, daß das britische Volk auf die ihm von Frankreich und Italien geschuldeten Kriegsschulden verzichten zu müssen, wenn nicht gleichzeitig seine eigene Schuld gegenüber Amerika aufgehoben würde. Der frühere Justizminister versicherte, daß die französische Schuld durchaus nicht der englischen Amerika gegenüber gleich käme. Er bestand darauf, daß, für den Fall, daß Deutschland am 15. Januar seinen Verpflichtungen nicht nachkäme, Großbritannien Frankreich in keinem Falle in der Besetzung des Ruhrgebietes unterstützen sollte. Im übrigen schloß er seine Rede damit, daß er die britische Reparationspolitik so wie die Bonar Law im Unterhaus skizziert hatte, billige. Darauf erwiderte Lord Grey, daß, wenn die Konferenz von Paris scheiterte, darunter ganz Europa außerordentlich leide und die Beziehungen zwischen Frankreich und England dadurch einen sehr schweren Schlag erleiden würden. Aus seiner Rede ist noch folgendes bemerkenswert: Wenn wir auf die uns von den Alliierten geschuldete Summe verzichten, werden wir nichts verlieren; im Gegenteil, es kommt vor allen Dingen darauf an, die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Vielleicht wäre es sehr angebracht, Deutschland dem Schutze des Völkerbundes zu empfehlen. Vor allen Dingen käme es jetzt wieder darauf an, die Washingtoner Verträge hinsichtlich der Einschränkung der Marineleistungen durchzuführen. Die Reparationsfrage ist von der der interalliierten Schuld und der der allgemeinen Entlastung nicht mehr zu trennen. Grey sprach sich zum Schluß gegen eine Ruhrbesetzung aus, von der er meinte, daß Frankreich dadurch gar nichts erreichen würde.

Diplomatischer Schritt Amerikas?

London, 14. Dez. Das Weiße Haus in Washington ließ mitteilen, daß die amerikanische Regierung alles tue, um eine befriedigende Lösung der Schwierigkeiten in Europa zustandzubringen. Präsident Harding wünscht darauf hinzuweisen, daß seine Regierung sich nicht unartig verhalte und habe weiter mitgeteilt, daß vor dem 2. Januar nächsten Jahres die nötigen diplomatischen Schritte getan sein würden, um die englische, französische und die anderen beteiligten Regierungen über die Haltung Amerikas zu verständigen.

Der gezähmte Tiger.

Neuhort, 14. Dez. Clemenceau gab vor seiner Abreise der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich und England sich auf eine vernünftige Summe einigen, die Deutschland zahlen könne. Es wäre für Frankreich das Ungünstigste was es gäbe, noch weiteres deutsches Gebiet zu annektieren und auf diese Weise innerhalb seiner Grenzen ausländische Volksteile zu haben. Clemenceau äußerte auch Furcht vor dem Ruhrgebiet. Er sei nicht so verrückt, eine Wiederholung der Ereignisse von Esch-Eschingen herbeizuführen. Er äußerte wörtlich: „Ich bin gegen die Besetzung des Ruhrgebietes“.

Amerikanischer Kriegsschiffbau.

Washington, 14. Dez. Die Kreditkommission des amerikanischen Parlaments bewilligte 55 Millionen Dollar zur Vollendung der 56 Kriegsschiffe, die die Vereinigten Staaten nach Pazifik-Abkommen bauen dürfen. Diese 55 Millionen stellen eine Ueberschreitung des ursprünglich bewilligten Etats von etwa 14 Millionen dar.

Die Uebergabe von Tjingtau an China.

London, 14. Dez. Die offizielle Uebergabe Tjingtaus an China hat am 10. Dezember mittags stattgefunden. Die chinesische Flagge wurde nach 24 Jahren wieder über dem Gouvernementsgebäude gehißt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Dez.

Am Donnerstag erregte der Reichstag die 2. Beratung des Gesetzesentwurfs zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes. Durch die Vorlage soll für 1923 der Tarif der Geldbewertung angepaßt werden. Nach den Ausschlußbeschlüssen betragen die Einkommensteuer für die erste Million Mark 10 Prozent, für die weitere Million 15 Prozent, für die weiteren Millionen 20 Prozent usw. Die Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 Mark für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau, wenn das Steuereinkommen nicht mehr als 1 Million Mark beträgt, ferner um je 12000 Mark für jedes minderjährige Kind, wenn das Einkommen nicht mehr als 2 Millionen Mark beträgt, und um 20000 Mark für Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind und deren Einkommen 600000 Mark nicht übersteigt. Diese Vorschriften treten am 1. Januar 1923 in Kraft.

Rückwirkend für das Jahr 1922 wird folgender Tarif aufgestellt: Für die ersten 300000 Mark 10 Prozent Einkommensteuer, für die weiteren 300000 Mark 15 Prozent, für die weiteren 400000 Mark 20 Prozent, für die weiteren 500000 Mark 25 Prozent, für die weitere 1 Million Mark 40 Prozent, für die weitere 1 Million Mark 45 Prozent, für die weiteren 1 1/2 Millionen Mark 50 Prozent, für die weiteren 1 1/2 Millionen Mark 55 Prozent und für die weiteren Beträge 60 Prozent. Für 1922 ermäßigt sich die Einkommensteuer um je 340 Mark für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau bei einem Einkommen von nicht mehr als 300000 Mark, ferner um 610 Mark für jedes minderjährige Kind bei einem Einkommen von nicht mehr als 1 Million Mark, sowie um 5000 Mark für Steuerpflichtige über 60 Jahren oder Erwerbsunfähige, deren Einkommen 250000 Mark nicht übersteigt.

Abg. Dr. Herz (Soz.) berichtet über die Ausschussverhandlungen und erklärt sich gegen die Ausschussbeschlüsse.

Abg. Dr. Hefferich (D.natl.) verteidigt die Ausschussbeschlüsse und weist die einseitige agitatorische Darstellung des Berichterstatters zurück. Die Linke verfolge immer den Eindruck zu erwecken, als ob die handarbeitende Bevölkerung die Einkommensteuer fast allein aufbringen. (Abg. Wittmann (Soz.): Sie Drückebeteger.) Mit Beschimpfungen werde nichts bewirkt. Umso bedauerlicher sei, daß ein Vizepräsident solche Aeußerungen tue. (Ausschluß rechts.) Auch der bezahlte Generaldirektor, auch der Reichspräsident, lassen sich 10 Prozent Einkommensteuer abziehen. Da ist gegenüber den Arbeitern kein Unterschied.

Abg. Nahmann (Soz.) erklärt, die gesamte Preissteigerung im Lande betrage etwa das Achtzehnfache des Friedenspreises, während die Lohnerhöhungen nur das Dreihundert- bis Fünfhundertfache ausmachten. Unerhört sei der schleichende Eingang der Steuerschulden. Noch jetzt sind Rückstände aus dem Jahre 1920 vorhanden. Die Sozialdemokratie könne in diesen Steuerfragen kein weiteres Entgegenkommen zeigen.

Abg. Hüner (Zentr.) gibt zu, daß die im Vorteil sind, die nicht unter die Lohnsteuer fallen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes stellt als Ziel des Gesetzes die Berücksichtigung der außerordentlichen Geldbewertung hin. Die Regierung wolle die meisten Lohnempfänger aus der Veranlagung herausnehmen. Der Finanzminister bittet, die Regierungsvorschläge, die scharf zuzufassen, wieder herzustellen.

Abg. Höllein (Komm.) wendet sich wieder in scharfer Weise gegen den Kapitalismus und behauptet, daß die Arbeiter allein alle Steuern bezahlen müßten.

Abg. Dr. Herz (Soz.) berwehrt sich gegen den Vorwurf agitatorischer Politik und wirft den bürgerlichen Parteien Steuerersuchen vor.

Inzwischen ist ein Kompromißantrag Lange-Hegemann (Bayer. Sp.), Dr. Schütz (D. Sp.), Dr. Fischer-Röllin (Dem.) eingebracht. Darnach soll der Tarif für 1922 in der Weise geändert werden, daß für die ersten 400000 Mark 10 Prozent Steuer erhoben werden sollen, für die weiteren 200000 Mark 15 Prozent usw. bis zu 60 Prozent.

Abg. Dr. Fischer-Röllin (Dem.) erklärt, die Haltung seiner Partei liege durchaus im Interesse des Volkes. Sie verlangt scharfe, aber tragbare Steuererlässe, aber Zahlung der Steuern nicht von der Substanz, sondern vom Ertrag. Die Linke reide nur unsäglich Propaganda (Lärm links).

Abg. Dr. Herz (Soz.) stellt fest, daß die Sozialdemokraten bei ihrer Gegnerschaft gegen die Ermäßigung der Steuererlässe sich in der Gesellschaft der Reichsregierung sowie der Vertreter der Länder und aller verantwortlichen Personen befinden, die den Zusammenbruch der Länder und Gemeinden verhindern wollen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 14. Dez.

Vizepräsident Pfilger eröffnete die Reichstagsession des Landtags mit einem Nachruf für den verstorbenen früheren Abg. Alfred Rembold (Ztr.). Von dem Ausscheiden des Abg. Rapp (Soz.) wurde Kenntnis gegeben und mitgeteilt, daß als Erbsmann der Landwirt Gottlob Oberland von Isfeld in den Landtag einzutreten berechtigt sei.

Nach Beantwortung von vier Kleinen Anfragen wird der 2. Nachtrag zum Staatshaushalt betr. die Vermehrung des Personals der Staatsrentämter beraten. Abg. Ströbel (B. V.) spricht sich gegen die Mehrforderung aus. Man hätte, wie wir schon bei der Schaffung der Staatsrentämter hervorgehoben, die Finanzverwaltung lassen sollen, wie sie war und nicht einen neuen, stetig wachsenden Apparat ins Leben rufen sollen. Der Entwurf wird in der Schlußabstimmung gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten angenommen.

Bei der 2. Lesung des Gesetzes zur Aenderung des Polizeiverwaltungsgesetzes spricht sich Stetter (Komm.) gegen das Gesetz aus, dieses wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Abschließend folgte die Beratung des Polizeibeamtengesetzes in 2. Lesung und einiger kleinerer Gesetze.

Der Landtag wird sich am nächsten Dienstag vertagen. Zum Schluß sollen die Anfragen über die Nationalsozialisten behandelt werden.

Gegen den Stuttgarter Wirtverein war bekanntlich vor kurzem vom Landespolizeiamt ein Ermittlungsverfahren wegen Preistreiberei eingeleitet worden, weil der Verein in der Tagespresse zur Einhaltung der von ihm festgesetzten Mindestpreise aufgefordert hatte. Die Angelegenheit war Gegenstand einer Kleinen Anfrage des Abg. Scheel (Dem.) im Landtag. Minister Keil erklärte, daß ein nachdrückliches Eingreifen dringend geboten gewesen sei, da bei einem Zögern der Polizei die von den Wirten festgesetzten unangemessenen Preise rasch im ganzen Lande durchgesetzt worden wären. Jeweils Verhinderung von Verabredungen sei der erste Vorsitzende des Wirtvereins über Nacht, der zweite Vorsitzende und der Geschäftsführer einige Stunden festgehalten und nach Beseitigung der Verdunkelungsgefahr sofort freigelassen worden. Ob der von den Polizeibeamten geltend gemachte Einwand, daß der Erfolg ihres Einschreitens von der Festnahme abhing, zutrefte, werde sich erst nach Abschluß des Strafverfahrens endgültig beurteilen lassen. Im Kampf gegen die Preistreiberei dürfe aber die Wahrungspolizei nicht ängstlich zurücktreten vor nachdrücklichem einschneidendem Vorgehen, durch das im vorliegenden Fall tatsächlich eine wesentliche Hemmung der Preistreiberei eingetreten sei.

An die Wählerschaft Altensteigs!

Die vereinigten bürgerlichen Parteien bieten 2 mit einander verbundene Wahlvorschläge mit einer Auswahl von Männern aus den verschiedenen Schichten der hiesigen Einwohnerschaft.

Ihre Namen bürgen dafür, daß sie eintreten werden:

- für: das Wohl aller Stände
- für: uneigennützig und unparteiische Arbeit im Dienste der Gesamtheit
- für: weitgehendste und verständnisvollste Fürsorge für alle wirtschaftlich Schwachen und Notleidenden.

Wählerinnen und Wähler!

Gebt am Samstag Eure Stimmen den Kandidaten der

Bürgerlichen Wählervereinigung oder der **wirtschaftlichen Wählervereinigung.**

Selb nicht gleichgültig!

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Die vereinigten bürgerlichen Parteien.

Zur Gemeinderatswahl!

In einem Flugblatt der Vereinigten Gewerkschaften wird in unerhörter Weise an der Tätigkeit der jetzigen Gemeinderatsmitglieder Kritik geübt.

Es wird ihr vorgeworfen, eine engherzige, verhärtete und vermoderte Politik getrieben, ja sogar Selbstinteressen vertreten und der Wohnungsnot Waise geübt zu haben.

Jeder klar denkende Wähler sieht auf den ersten Blick, daß es sich bei diesen durchaus unwarren Behauptungen nur um Stimmenfang handeln kann.

Wann ist auf dem hiesigen Rathaus jemals Selbstpolitik getrieben worden?

Wann und wodurch haben Hauseigentümer auf dem Rathaus die Wohnungsnot verschärft?

Ist nicht vielmehr in den letzten Jahren durch Um- und Neubauten die leidige Wohnungsnot, so gut es irgend möglich war, gemildert worden?

Wo überhaupt wurde in einer Gemeinde der Größe Altensteigs in den letzten Jahrzehnten so viel an öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen geschaffen, wie gerade hier?

Darum **Wählerinnen und Wähler** laßt Euch durch solche verwerfliche Wahlmanöver nicht irre führen und gebt Eure Stimme den Kandidaten

der bürgerlichen Wählervereinigung
der wirtschaftlichen Wählervereinigung.

Wahlvorschlag

zur Gemeinderatswahl!

- Ackermann Karl, Schlossermeister
- Kaltenbach Hermann, Fabrikant
- Bäßler Friedrich, Schneidermeister
- Walz Hans, Sparkassier
- Henßler Adolf, Zimmermeister
- Lauk Ludwig, Buchdruckereibesitzer
- Luz Albert, Metzger und Wirt.

Altensteig.

Wahlvorschlag!

1. Armbruster, Karl, Privatmann
2. Socher, August, Malermeister
3. Wieland, Albert, Oberpostschaffner
4. Maier, Wilhelm, Schuhmachermeister
5. Luz, Joh. Eg., Glasermeister
6. Schwarz, Hans, Hauptlehrer.

Mitbürger u. Mitbürgerinnen!

Kommt morgen alle zur Wahl u. wählet:

- Walz, Hans, Sparkassier
- Lauk, Ludwig, Buchdruckereibesitzer
- Beck, Louis jr., Gerber
- Ackermann, Karl, Schlosserstr.
- Bäßler, Fritz, Schneiderstr.
- Kaltenbach, Hermann, Fabrikant
- Lenk, Friedr., Bäcker und Wirt

Mehrere Wähler.

Altensteig.

Wahlvorschlag!

- Bäßler, Friedrich, Schneidermeister
- Ackermann, Karl, Schlossermeister
- Jocher, August, Malermeister
- Walz, Jakob, Möbelfabrikant
- Armbruster, Carl fr., Privatmann
- Walz, Hans, Sparkassier
- Joh. Eg. Luz, Glasermeister.

Zur Gemeinderatswahl in Altensteig.

Im Jahre 1910 wurden von der Stadt die Anwesen mit Gebäuden, Grundstücken und Wasserkräften der G. Werner-Stiftung in sich erworben, hauptsächlich zur Ausnützung der dort vorhandenen Wasserkräfte. Die Erwerbung der Grundstücke war damals für die Stadt kein bringendes Geschäft, sie hatte solche in großer Anzahl besessen. Für Fachleute war es unverständlich, daß die Stadt diese Wasserkräfte so lange brach liegen ließ, mag auch seinen Grund darin haben, daß in dem Kollegium eine große Verworfenheit herrschte, wie diese Wasserkräfte praktisch ausgenützt werden könnten und der Ortstechniker dem Kollegium eine klare Aufklärung über praktische Ausnützung der Wasserkräfte bezubringen vermochte, sonst hätte es nicht vorkommen können, daß Grundstücke veräußert wurden, die die jetzige Ausnützung beengen oder vereinfachen und gegen 4fache Fläche an wertvolleren Holz verkauft werden müßten. Im Spätherbst 1918 wurde einem vom Bürgerausschuß gestellten Antrag, die Gemeinde möge von Fachleuten Pläne ausarbeiten lassen, wie die städt. Wasserkräfte am zweckmäßigsten ausgenützt werden könnten, vom Gemeinderat zugestimmt. Wenn die Sache damals dem Beschluß entsprechend in Angriff genommen worden wäre, hätte Altensteig bei nieberem Strompreis, eine sich gut rentierende Elektrizitätserzeugung u. nicht nötig, den endlosen Millionenaufwand aus Vorlieb in Gemeindeforderungen zu decken, welchen die Gemeinde vielleicht in späteren Jahren noch nötiger brauchen könnte, als gegenwärtig. Während in vielen Gemeinden, die höheren Einnahmen aus Holzverkauf zu Reserven verwendet werden, haben in Altensteig seit 1918 die neuen Gemeinderäte demokr. und sozialdemokr. Richtung, in einem Ausmaß Ausgaben zu manchem unnötigen Zielsetzung bewilligt, wie wenn die Gemeindeforderungen ein unerlöschlicher Brunnen wäre. Die Rolle, umsmehheit für diese Ausgaben, wird von der Bürgererschaft keinen Orden erwarten können, darum befehle sich jeder Wähler die zur Wiederwahl kommenden jetzigen Gemeinderatsmitglieder, welche Stellung sie zur Bewilligung von Gemeindeforderungen gehabt haben.

Mitbürger u. Mitbürgerinnen!

Wie wir aus den Resultaten der bereits erfolgten Gemeinderatswahlen ersehen können, haben die Sozialdemokraten fast überall, insbesondere aber da, wo sie auf den Rathäusern die Mehrzahl hatten, an **Sitzen verloren**, aus dem einfachen Grunde, weil man Landau, Landau eingesehen hat, daß da wo die Sozialdemokraten regieren, man in eine **endlose Schuldenwirtschaft hineingeraten** ist. Es liegt nun in den Händen der Wähler, bei Zeit einen Damm dagegen aufzurichten, daher heißt es am Samstag „Alle Mann an Bord“, keines darf zu Hause bleiben, wählet Männer, zu denen wir das Vertrauen haben können, daß sie allen Berufsklassen Verständnis entgegen bringen. Wir schlagen vor:

- Walz, Hans, Sparkassier
- Bäßler, Friedrich, Schneidermeister
- Kaltenbach, Hermann, Fabrikant
- Lauk, Ludwig, Buchdruckereibesitzer
- Beck, Louis jun., Gerberstr.
- Dürschmabel, Johs., Schuhmachermeister
- Ackermann, Karl, Schlosserstr.

Mehrere Wähler.

Angestellte! Beamte!

Wählet Wahlvorschlag 4 und gebt Wieland u. Schwarz je 3 Stimmen!

Simmersfeld.

Eingefandt.

Am Samstag wird hier die Gemeinderatswahl vorgenommen. Da ist es notwendig, noch ein erläuterndes Wort an die Wählerschaft zu richten. In geheimer Weise wurden in den letzten Tagen die Namen der Kandidaten zusammengestellt. Es ist dies kein ehrlicher Handel. — Soll man die Namen erst kennen lernen am Tag der Wahl; warum denn nicht vorher, damit die Wähler auch Gelegenheit haben, sich ein Urteil zu bilden? Es soll dies eine Ueberrumpfung sein. Die Wähler mögen daher in ihrer Wahl doch vorsichtig sein und nicht gedankenlos ihre Kandidaten zusammenstellen. Auch die Ansicht, man brauche keinen Lehrer auf dem Rathaus, ist grundfalsch. Die Schule nimmt im Gemeindeleben eine wichtige Stelle ein; wenn diese Aufgabe auch von einigen Kurzweiligen oder solchen die keine Schüler mehr haben, nicht erledigt wird, so mögen doch die Andern sich ihr Verständnis für die Schule und ihre Arbeit nicht rauben lassen. Es ist ganz gut, wenn ein Fachmann auch die Interessen der Schule und der Jugend vertreten kann und daß dies nicht in einseitiger Weise geschehen kann und wird, das haben die verflochtenen Jahre zur Genüge bewiesen. Laßt Euch daher nicht irre machen und wählet die Männer, die bis jetzt bewiesen haben, daß sie nur das Wohl der Bürgererschaft im Auge haben.

Wählerinnen! Wähler!

Von den zahlreichen Namen, die uns zur Auswahl vorgeschlagen sind, verdient es sicherlich einer, hervorgehoben zu werden (ohne Parteilinie betrachtet). Das ist der Name

Karl Haug, Bautechniker

Ein Mann, der sich durchgeissen hat unter schwierigen Verhältnissen, ohne daß es ihm leicht gemacht worden ist, fernab von Protektion und Begünstigung.

Ein Mann, der seinen Platz ganz ausfüllt, überall wo er Pflichten übernommen hat.

Jeder Wähler wird zudem ohne vieles Erwägen klar erkennen, ob es gerade heute ein Vorteil oder ein Nachteil ist, wenn ein erfahrener Techniker dem Gemeinderat angehört.

Jeder Wähler, der seiner vollen Pflicht genügen möchte, den rechten Mann an den rechten Platz zu bringen, der gebe

Karl Haug, Bautechniker, 3 Stimmen

Wahlvorschlag!

Wer einseht, daß der **Fachmann** im Gemeinderat sich bewährt hat, gebe diesmal **Sparkassier Walz 3 Stimmen!**
Viele Wähler.

Wer einen Mann von Erfahrung und Weitblick wünscht, der wähle

Fabrikant H. Zimmermann.

Wahlvorschlag!

Mitbürger! Wählet keine Duckmäuser, die nur sprechen können, wenn es sich um ihre eigene Person handelt, im übrigen sich vor dem Allgewaltigen verkriechen, sondern wählet Männer, denen man das Wohl der Stadt ruhig in die Hand legen darf. Darum, ihr Mitbürger, gebet

2 Stimmen Kauf, Ludw., Buchdruckereibes.

2 " Walz, Hans, Sparkassier

2 " Zimmermann, Heinr., Fabrikant

1 Stimme Bähler, Friedr., Schneidermstr.

Viele Wähler.

Oberstädter!

Sollen wir weiter ausschließlich von der unteren Stadt vertreten werden; soll dort wieder kein eigentlicher Bewohner der oberen Stadt einziehen? Nein, das wollen wir nicht! Wir wählen:

Kauf, Albert, Metzgermeister mit 3 St.

Haug, Karl, Bautechniker

Kemmler, Karl sen., Privatmann

Wieland, Alb., Oberpostkassier

Schwarz, Hans, Hauptlehrer

Wahlvorschlag!

Die Gewerkschaften werfen mit Geldsackpolitik der seitherigen Gemeinderäte um, während sie Schuldenpolitik treiben würden. Die Sorge für Deckung ihrer großmütigen Verwilligungen überlassen sie anderen.

Mitbürger! Wählt Männer aus euren Kreisen, laßt die Politik nicht aufs Rathaus tragen, wo nur wirtschaftliche Fragen zu erledigen sind u. wo die Entscheidung im Sinne des **Allgemeinwohls** und nicht nach dem Willen einer bestimmten Interessentengruppe zu fällen ist.

Wählt daher einmütig:

Ackermann, Karl, Schlossermeister

Bähler, Friedrich, Schneidermeister

Beck, Louis jr., Gerbermeister

Walz, Hans, Sparkassier

Kauf, Ludwig, Buchdruckereibesitzer

Zimmermann, Heinrich, Fabrikant.

Viele Wähler.



TONGESCHIRRE

braun, bunt und gelb
in großer Auswahl
billig bei

Fritz Bühler jr., Altensteig

Forstamt Pfulgroszen eiler. Wegneubau-Arbeiten.

Am Dienstag, den 19. Dezember 1922, vorm. 9 Uhr werden auf der Forstamtskanzlei vergeben:

1. Der Bau eines 510 m langen Sidwegs durch Abt. 11 Wählig; Kostenvoranschlag 31 400 Mk.

2. Die Z-förmige Anlage einer Einschnürschneidung am Brandberg in Abt. 110 Brandberg; Kostenvoranschlag 14 500 Mk.

Kostenüberschlag und Details können auf der Forstamtskanzlei eingesehen werden.

Regalb. Löwen-Lichtspiele

Donnerstag, 2.30, 4.30 u. 8.15

die Hege von Colarub.

Großes Filmschauspiel in 7 Akten
Sowie lustiges Beiprogramm.

Entlaufen

weißer Epiker.
Abgegeben bei
Fr. Koller, Messerschmied,
Altensteig.

Der Monats-Zucker für November kann von heute ab in den Verkaufsstellen abgeholt werden.

Durrweiler.



Langholz-Verkauf.

Die Gemeinde verkauft am Mittwoch, den 20. Dez. d. J., nachm. 2 Uhr auf dem Rathaus

ca. 110 Fhm. Langholz

aus Abteilg. Wolfgrube, Wasserw. 3, Grenzhalbe u. Hopfgarten im öffentlichen Aufsteig.

Gemeinderat.

Altensteig.

Fünzigster-Feier

in der „Schwanen“ Samstag Abend 7/8 Uhr.
Alle 1872 geb. Männer u. Frauen werden hierdurch nochmals fibl. eingeladen.

Bezirkswirtschaftsverein Nagold.

Am nächsten Sonntag, den 17. d. M., nachmitt. 3 Uhr findet bei Kollege Dittmar zur „Sonne“ Ebhausen eine

Bezirksversammlung

statt. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Um zahlreichen Besuch bittet

der Ausschuss.
Der in Altensteig bestellte Zucker wird morgen Samstag von 2-4 Uhr bei M. Schusterle „3 König“ abgegeben. Beree Sade sind mitzuführen.

Egenhausen.

Der Liederkrantz

hält am Sonntag, den 17. Dez., abends von 7 Uhr ab im „Ochsenstalle“ seine

Weihnachtsfeier

verbunden mit Theateraufführungen und Gesangsvoorträgen ab, wozu jedermann herzlich eingeladen wird.

Kinder unter 16 Jahren haben keinen Zutritt.
Der Ausschuss.

Eine grosse Auswahl praktischer Gegenstände für Jung und Alt zu

Weihnachtsgeschenken

geeignet finden Sie bei

W. Kohler

Buchbinder, Altensteig.

Damen- u. Herrenschrime

Spazierstöcke

empfiehlt in reicher Auswahl bei mässigen Preisen
Lorenz Luz, jr., Altensteig

Martinmooß.

Zwei schöne, halbjährige



Stiere

hat zu verkaufen

Hausmann 3. Reuss.